

Lehment, Harmen

**Article — Digitized Version**

**Gefühlvoll bremsen - Tarifrunde: Parallelen zu 1980**

Wirtschaftswoche

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Lehment, Harmen (1991) : Gefühlvoll bremsen - Tarifrunde: Parallelen zu 1980, Wirtschaftswoche, ISSN 0042-8582, Verlagsgruppe Handelsblatt, Düsseldorf, Vol. 45, Iss. 13, pp. 24-28

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1462>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Murmann: Also, nun lassen Sie mich mal an dieser Stelle auch deutlich sagen, daß die Menschen in den neuen Bundesländern nicht nur fordern können, sondern auch geben müssen. Das gilt in erster Linie am Arbeitsplatz. Ich persönlich bin zum Beispiel darüber enttäuscht, daß viele der sogenannten Null-Kurzarbeiter nur das auf 90 Prozent aufgestockte Kurzarbeitsgeld kassieren, die freie Zeit aber nicht zur beruflichen Qualifizierung genutzt haben. Das ganze Modell des Aufbaus im Osten funktioniert nur, wenn dort auch die Ärmel hochgekrempelt werden...

■ ... und notfalls streng kontrolliert wird, ob auch Leistung erbracht wird?

Murmann: Sicher. Wir haben schon im Westen genügend Slalomfahrer unter den Arbeitslosen.

■ Tut ein bißchen mehr Strenge auch gegenüber den West-Beamten gut, die nicht in den Osten gehen wollen?

Murmann: Die Beamten, die in die neuen Länder gehen, müssen das als Karriere-sprung, die, die hier bleiben, als Karriere-malus empfinden. Wenn das nicht reicht, muß auch die Möglichkeit der Zwangsver-setzung genutzt werden. Ob Beamte nun freiwillig oder letztlich unter Zwang gehen: Wir können nur so eine funktions-fähige Verwaltung im Osten aufbauen – und im übrigen die einmalige Chance nutzen, unsere westdeutsche Verwaltung dauerhaft um 10 bis 15 Prozent auszudünnen.

■ Selbst wenn die Administration in den neuen Ländern verbessert wird, so ist ein Aufschwung doch nur dann möglich, wenn der gesamte juristische Rahmen steht.

Murmann: Ich glaube, daß wir den Tiefpunkt der Behinderungen in diesem Bereich überschritten haben. Das vom Bundeskabinett verabschiedete Artikelgesetz gibt den entsprechenden Rahmen. Um jedoch die Infrastruktur schnell zu verbessern und rasch Wachstumspotential zu nutzen, müssen die Genehmigungsverfahren verkürzt werden.

■ Heißt das, daß im Osten anderes Recht als im Westen gelten soll?

Murmann: Wir brauchen in der Tat spezielle Maßnahmengesetze für die neuen Bundesländer.

■ Den Umweltschutz eingeschlossen?

Murmann: Ja. Insgesamt dürfen die Einspruchsrechte nicht so ausgefeilt sein und auch nicht so exzessiv genutzt werden wie in den alten Bundesländern.

■ Fürchten Sie nicht das Bundesverfassungsgericht?

Murmann: Nein, man kann nicht grund-verschiedene Tatbestände gleich behandeln. Deswegen hat der Gesetzgeber hier Spielraum.

■ Selbst wenn alle Rahmenbedingungen stimmen – was sollte eigentlich einen

Investor reizen, in den Osten zu gehen, wenn er den Markt bequem aus dem Westen beliefern kann?

Murmann: Erstens die Motivation und Qualifikation der Menschen im Osten. Zweitens die kalkulierbare Tarif-Perspektive, wobei das vereinbarte Mehr an Arbeitsstunden bis zum Jahr 2000 einen Riesenvorteil darstellt. Drittens die finanzielle Förderung. Da kann man schon überlegen, ob es sich noch lohnt, in Spanien oder Portugal zu investieren.

■ Droht auch ein Verteilungskampf zwischen den wirtschaftlich schwachen Regionen im deutschen Westen und den neuen im Osten?

Murmann: Den müssen wir in Kauf nehmen. Schließlich gibt es nur noch ein Deutschland. Und bevor ich auch noch den letzten Feldweg in Schleswig-Holstein asphaltiere, möchte ich lieber die Straße zwischen Schwerin und Rostock ausgebaut sehen.

BOLKE BEHRENS/GREGOR ANDREAS GEIGER



Metallarbeiter: Kollision zwischen Geld- und Tarifpolitik

TARIFRUNDE: Parallelen zu 1980

## Gefühlvoll bremsen

Bundesbank und Tarifpartner stellen die Weichen für die Konjunktur. Kommt es zum Konflikt, droht eine Rezession.

Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich heute in einer ähnlichen Situation wie im Jahre 1980. Erneut zeichnet sich ein Konflikt zwischen der Tarifpolitik von Arbeitgebern und Gewerkschaften einerseits und der Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank

andererseits ab. Steht deshalb wieder eine Rezession vor der Tür? Heute wie damals reagieren die Tarifpartner verzögert auf die gute Konjunktur des Vorjahres. 1980 stiegen die tariflichen Stundenlöhne um annähernd sieben Prozent. Die Tarifabschlüsse waren ein Echo der guten Konjunktur des Vorjahres, als das nominale Brutto-sozialprodukt hierzulande um 8,1 Prozent zugelegt hatte.

Der Lohnanstieg paßte aber nicht mehr zu den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen von 1980: Das Konjunkturtempo hatte sich verlangsamt. Die

Der Autor ist Professor am Institut für Weltwirtschaft an der Universität in Kiel.

VON HARMEN LEHMENT

andererseits ab. Steht deshalb wieder eine Rezession vor der Tür? Heute wie damals reagieren die Tarifpartner verzögert

Zuwachsrate der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ging auf 6,3 Prozent zurück. Ausschlaggebend dafür war eine restriktive Geldpolitik der Deutschen Bundesbank, um die hohen Inflationsraten zu bekämpfen.

Die aufklappende Schere zwischen abnehmenden Nachfrageanstieg und beschleunigtem Lohnzuwachs hatte Konsequenzen: Bei zunächst noch steigender Beschäftigung kam es zu einem Einbruch der Unternehmensgewinne; wenig später folgte ein massiver Beschäftigungsrückgang.

Es ist zu befürchten, daß sich diese Ereignisse wiederholen. Auch 1991 droht die Gefahr, daß sich die Tarifpartner an der sehr guten Vorjahreskonjunktur orientieren. Der Zuwachs des nominalen Sozialprodukts lag 1990 mit 8,2 Prozent ähnlich hoch wie 1979. Wiederum zeichnet sich in den laufenden Tarifverhandlungen ein Lohnanstieg in der Größenordnung von sechs bis sieben Prozent ab (wenn man den Anstieg der Arbeitgeberbeiträge ab April hinzurechnet).

Gleichzeitig wird sich der Zuwachs der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage abschwächen. Das nominale Sozialprodukt wird in Westdeutschland 1991 nur noch um rund sechseinhalb Prozent zunehmen. Damit wird der Lohnanstieg

nicht mehr wie in den Vorjahren hinter der Nachfrageentwicklung zurückbleiben. Ein wichtiger Impuls für den Beschäftigungsanstieg entfällt – genau wie 1980.

Berücksichtigt man die neuen Bundesländer, wird das Bild eher ungünstiger. Dort ist der Lohnanstieg deutlich höher als im Westen Deutschlands, der Sozialproduktzuwachs dagegen vermutlich niedriger. Damit dürfte der Lohnanstieg in Deutschland 1991 deutlich über den Nachfragezuwachs hinausgehen.

Wegen der schwächeren Nachfrageentwicklung werden die Unternehmen die Lohnerhöhungen nicht voll auf die Käufer überwälzen können. Die Tarifabschlüsse werden daher nur teilweise in den Preisen weitergegeben. Konsequenz: Es kommt zu einem Druck auf die Gewinnmargen.

Bislang an der Gewinnschwelle operierende Betriebe geraten in die Verlustzone und werden ihre Beschäftigtenzahl – mit den üblichen Verzögerungen – verringern. Derzeit noch profitable Investitionsvorhaben werden sich bei niedrigen Gewinnmargen nicht mehr rentieren. Zudem schwächt die Reduktion der Margen die für Investitionen erforderliche Eigenkapitalbasis. Betroffen sind dadurch möglicherweise auch Investitionsprojek-

te in den neuen Bundesländern. Damit stellt sich die Frage, ob es 1992/93 erneut zu einer Rezession kommt wie 1981/82? Die Antwort hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die damalige Kollision von Lohn- und Geldpolitik zu verhindern. Im Grunde sind drei Szenarien denkbar.

Szenario I: Angesichts hoher Lohnabschlüsse und einer steigenden Inflationsrate, steuert die Bundesbank die Geldmenge in den unteren Teil ihres Zielkorridors von vier bis sechs Prozent. Zugleich setzt sich der trendmäßige Rückgang der Geldumlaufgeschwindigkeit weiter fort.

Der Zuwachs des nominalen Sozialprodukts vermindert sich 1992 auf vier Prozent und 1993 auf 3,5 Prozent. Gleichzeitig gehen die Lohnsteigerungen nur graduell zurück: auf 5,5 Prozent 1992 und auf 4,5 Prozent 1993. Im diesem Fall wiederholt sich die Situation von 1981/82 mit den bekannten Folgen für Produktion und Arbeitsmarkt.

Szenario II: Die Tarifparteien verständigen sich in ihren Verhandlungen frühzeitig auf einen längerfristigen Tarifvertrag, der den Anstieg der Löhne auf ein stabilitätsgerechtes Maß (etwa 3,5 Prozent wie Mitte der achtziger Jahre) zurückführt. Angesichts rückläufiger Lohn-

## BONN intern

**Vergleichen.** Der CSU-Vorsitzende Theo Waigel übertrumpft nach Ansicht von Parteifreunden seinen Vorgänger Franz Josef Strauß – allerdings bei schlechten Eigenschaften. „Der Waigel ist wie Strauß, nur schlimmer“, klagen Münchner Mitkämpfer, weil er dauernd zu spät komme, nicht enden wollende Reden halte und sich mit seinen Parteifreunden nur mangelhaft über CSU-Positionen abstimme. In Sachen Streitlust und Cholerik bleibe Strauß aber unübertroffen.

**Verbinden.** Der omnipotente Außenminister Hans-Dietrich Genscher hält die Öffentlichkeit nicht mehr nur darüber auf dem laufenden, wen er in welcher Ecke der Welt gerade getroffen hat – jetzt vermeldet das Pressereferat des Auswärtigen Amtes auch noch präzise, mit wem Genscher fernmündlich kommuniziert. So erfuhr man durch eine offizielle Presse-

mitteilung, daß Genscher mit den Außenministern von Syrien und Ägypten telefoniert hat, um

sich über die Ergebnisse einer Konferenz in Damaskus zu informieren.



Satire-Opfer Genscher: Enormes Mitteilungsbedürfnis

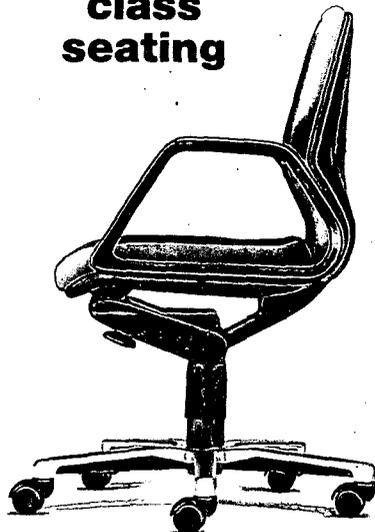
**Verdrängen.** Im Dunstkreis der Partei des Demokratischen Sozialismus tauchen gleichermaßen religiöse wie auch atheistische Sympathien auf. Einerseits erregt sich die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke über Einmischung des Staates in die Religionsfreiheit: Die deutschen Sicherheitsorgane hätten nämlich „während des Krieges am Golf die Angehörigen der moslemischen Religionsgemeinschaft zur Risikogruppe erklärt“. Andererseits bemüht sich eine der PDS nahestehende Interessenvereinigung Jugendweihe um Fördermittel aus dem Bundesministerium für Frauen und Jugend. Allerdings wird die Gruppe mit ihrem Wunsch nach staatlicher Unterstützung wohl kaum Erfolg haben. Unionsabgeordnete wie Claudia Nolte haben nicht vergessen, daß die Jugendweihe des SED-Staates ein Gelöbnis „auf die große und edle Sache des Sozialismus“ verlangte.

FRIEDRICH THELEN

PHOTO: SIMON

©  
**comforto**

**World  
class  
seating**



**Verbessern Sie Ihre Position.**

In entspannter Haltung auf einem Comforto-Stuhl sind Sie in der richtigen Lage, Optimales zu leisten. Neun verschiedene Produkt-Familien bieten Ihnen die individuelle Lösung für jede Büroetage, für jede Position. Wir informieren Sie gerne, Visitenkarte genügt.

comforto GmbH · Bergstraße 1 · D-4730 Ahlen

erhöhungen und Inflationsraten verzichtet die Bundesbank auf ein scharfes Bremsmanöver. Daher könnten ab 1992 bereits wieder positive Beschäftigungsimpulse wirksam werden.

Szenario III: Die Bundesbank betreibt eine graduelle Nachfragepolitik. Die Tarifparteien einigen sich jedoch nicht auf eine rasche Verminderung der Lohnerhöhungen. Statt dessen flacht der Lohnan-

stieg nur allmählich ab. Neue Beschäftigungsimpulse bleiben aus. Die Beschäftigtenzahl in Westdeutschland stagniert, die Produktion steigt nur noch im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts. Die Zahl der Arbeitslosen in den westlichen Bundesländern zieht wieder an. Der Anstieg ist um so ausgeprägter, je stärker der Zustrom von Arbeitssuchenden aus dem Osten ausfällt.

**BUNDESWEHR: Konventionalstrafen drohen**

# Ventil verstopft

Verteidigungsminister Stoltenberg steht vor der Pleite, weil das Kabinett mit dem Sparen beim Militär Ernst macht.

**A**ls im Bundeskabinett über die Finanzplanung bis zum Jahr 1995 abgestimmt wurde, enthielt sich Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg schlicht der Stimme: Sein Etat – nunmehr 52,6 Milliarden Mark – ist der am stärksten geschröpfte.

Und das ausgerechnet jetzt. Für die als Erblast aus der DDR übernommene Nationale Volksarmee (NVA), ihre Kasernen, Soldaten und die Beseitigung von Hunderttausenden Tonnen von Munition und Material braucht der Hardthöhen-Chef in den nächsten Jahren zusätzliche 16,5 Milliarden Mark. Die aber will ihm Bundesfinanzminister Theo Waigel nicht zubilligen. Dabei herrscht schon jetzt in der Bundeswehr-Kasse Ebbe. 1991 erhält die Bundeswehr 762 Millionen Mark weniger als im Etat des Vorjahres (ein Minus von 1,5 Prozent) und 9,67 Milliarden weniger, als sie – wegen der zusätzlichen Aufgaben in den neuen Bundesländern – 1990 tatsächlich ausgegeben hat. Das Minus beträgt somit 15,5 Prozent.

Verzweifelt haben die Hardthöhen-Ministerialen vor den Etatberatungen versucht, das drohende Etatloch mit Tricks zu schließen. So wollten sie Ausgaben in Höhe von insgesamt 3,3 Milliarden Mark als sogenannte Fremdbelastungen in andere Ressorts verlagern. Gemeint waren damit etwa eine Verwaltungskostenerstattung an die West- sowie Pensionszahlungen an

die Ost-Länder. Aber mit diesem Ansinnen biß Ex-Finanzminister Gerhard Stoltenberg bei seinem Nachfolger Theo Waigel auf Granit.

Und der Abwärtstrend des Bundeswehretats geht weiter. Die Finanzplanung bis 1994 sieht eine jährliche Kürzung um 1,5 Milliarden Mark vor. Das bedeutet für die Vierjahresperiode eine Reduzierung etwa der Personalausgaben um 9,7 Prozent. Doch die Bundeswehr hat durch das NVA-Erbe im Moment



**Hardthöhe-Chef Stoltenberg: Großbestellungen verhindern geforderte Einsparungen**

FOTO: DPA/WATHENSTADT